

Archiv » 2010 » 09. Dezember » Politik

## Textarchiv

### Geld erhält die Freundschaft

#### **Die FDP bekommt auffällig viele Spenden von der Deutschen Vermögensberatung**

Markus Sievers

BERLIN. Einen solch herzlichen Empfang erlebt Guido Westerwelle nicht häufig, erst recht nicht seit er vor gut einem Jahr vom erfolgreichen Oppositionsführer zum schwächelnden Vize-Kanzler wechselte. Einen triumphalen Einzug in die voll besetzte Arena mit heftig applaudierenden Finanzverkäufern zeigt das Firmenvideo. Brandender Applaus schlägt dem FDP-Chef entgegen für Sätze wie diesen: "Leistung muss sich lohnen. Leistung muss gefördert werden."

Ein halbes Jahr ist es her, dass der deutsche Außenminister als Ehrengast der Deutschen Vermögensberatung (DVAG) die 15000 Vermögensberater in der Kölner Lanxess-Arena in Wallung versetzte. Ein Honorar erhielt er nicht für den Auftritt, auch wenn er eigens von Berlin aus anreiste. Dafür gehen auf dem Parteikonto der FDP seit einigen Monaten auffallend viele und hohe Spenden der DVAG und ihrer Tochtergesellschaft Allfinanz ein. Darauf weist das Internet-Portal [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) hin, weil es aktuellen Anlass gibt, sich mit der engen Verbindung zwischen der DVAG und der Politik zu befassen.

#### Brüderle gegen Schäuble

Im Juli nahm der liberale Schatzmeister im Thomas-Dehler-Haus 75000 Euro von dem Finanzvertrieb entgegen, im August 65000 Euro und im November noch einmal 60000 Euro. Gleichzeitig rang die Koalition um eine Verschärfung des Anlegerschutzes, die unmittelbar in das Geschäft der Frankfurter Firma einzugreifen drohte. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) scheiterte am Widerstand der FDP und deren Wirtschaftsminister Rainer Brüderle. Aus dem bereits vorliegenden Gesetzesentwurf musste er die Bestimmungen über die Stärkung der Finanzaufsicht wieder heraus nehmen. Dies soll ein eigenes Gesetz regeln, das aber wegen des Gezerres zwischen Schäuble und Brüderle auf sich wartenlässt. Anders als angekündigt wird es jedenfalls in diesem Jahr nicht mehr das Kabinett erreichen, heißt es in Regierungskreisen.

Auch für die Union ist der Finanzvertrieb eine wichtige Einnahmequelle. In seinem Aufsichtsrat und Beirat finden führende Politiker als Rentner Unterschlupf, so Altkanzler Helmut Kohl, dessen früherer Kanzleramtsleiter Friedrich Bohl und

Ex-Finanzminister Theo Waigel. Und kurz vor der Bundestagswahl 2009 kassierte die CDU 220000 Euro. Das fördert die Freundschaft zu einem Strukturvertrieb, der bei Verbraucherschützern für aggressive Verkaufsmethoden bekannt ist. Mit großem Erfolg bringen bundesweit Zehntausende selbstständige, haupt- und nebenberufliche Vermögensberater Lebensversicherungen, Fonds und viele andere Finanzprodukte unter die Leute. Die Gruppe, geführt von Firmengründer Reinfried Pohl und dessen Söhnen, arbeitet nicht nur mit führenden Versicherungen eng zusammen, sondern auch mit den großen Kreditinstituten von der Commerzbank bis zur Deutschen Bank.

### Zufriedene Lobbyisten

Zur Spendenpraxis und zum Einfluss auf die schwarz-gelbe Koalition will sich bei der DVAG persönlich gegenüber der Berliner Zeitung niemand äußern. Gleichwohl legt das Unternehmen Wert auf die Feststellung, dass ihre Leute nicht am Grauen Kapitalmarkt tätig sind. Bei CDU und FDP heißt es übereinstimmend, einen Zusammenhang zwischen den Spenden und der Regierungsarbeit gebe es nicht.

In der Tat weiß niemand, ob die finanzielle Großzügigkeit das politische Entgegenkommen verursacht hat. Das Wirtschaftsministerium und die FDP sind unabhängig von Geldzuweisungen dafür bekannt, eine strenge Finanzmarktregulierung nicht gerade zu befördern. Und doch macht der zeitliche Zusammenhang zwischen der Spendentätigkeit und den Lockerungen zumindest stutzig.

Wie zufrieden die Finanzbranche mit ihrem Einfluss ist, zeigt auch ein der Berliner Zeitung vorliegender Brief eines Lobbyisten. Hoherfreut informiert darin Martin Klein vom Verband Unabhängiger Finanzdienstleistungs-Unternehmen seine Mitglieder, dass "der von uns bekämpfte Gesetzesentwurf des Bundesfinanzministeriums nunmehr dauerhaft von der Tagesordnung des Bundeskabinetts genommen worden" sei. Unabhängig von den Details "können wir das Ergebnis in jedem Fall als Erfolg unserer Anstrengungen verbuchen", berichtet Rechtsanwalt Klein.

-----

### Unter fünf Prozent

Umfragetief: Die FDP ist in der Wählergunst erneut unter die Fünf-Prozent-Hürde gefallen. In dem gestern veröffentlichten Forsa-Wahlrend von Stern und RTL sanken die Liberalen im Vergleich zur Vorwoche um einen Punkt und landeten mit vier Prozent wieder auf ihrem Jahrestiefstwert.

Koalitionen: Die Union hielt sich der Umfrage zufolge bei 34 Prozent. Schwarz-Gelb käme damit auf 38 Prozent - und läge sechs Prozentpunkte hinter einem möglichen Bündnis aus SPD (23 Prozent) und Grünen (21 Prozent). Die Linke verharrte bei

zehn Prozent.

-----

Grafik: Sonntagsfrage

IMPRESSUM KONTAKT MEDIADATEN

